Vertretung in Deutschland

www.ec.europa.eu/deutschland

Europäische Kommission

#21
2022

EU-NACHRICHTEN

NEU: Ab Januar 2023 erscheinen die EU-Nachrichten ausschließlich online
Weitere Informationen: Seite 7

KURZ & KNAPP

Biodiversität
UN-Artenschutzkonferenz mit historischem Ergebnis
Seite 3

IM FOKUS

Rechtsstaat
EU friert Fördermittel für Ungarn ein
Seite 4

Solidarität
2023 weitere 18 Milliarden Euro für die Ukraine
Seite 5

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 19. Januar 2023.

Mit dem Programm REPowerEU hat die EU-Kommission das Ziel gesetzt, den Anteil erneuerbarer Energien wie Wind und Solar am Energieendverbrauch bis 2030 auf 45 Prozent zu steigern.

© Shutterstock

ENERGIE

Mitgliedstaaten einigen sich auf Gaspreisdeckel

Die EU-Kommission hat die Einigung der Mitgliedstaaten auf eine Preisobergrenze für Erdgas begrüßt: EU-Energiekommissarin Kadri Simson erklärte nach dem Beschluss der Energieministerinnen und -minister der Mitgliedstaaten: „Das ist ein Mechanismus, um Phasen überhöhter Gaspreise zu verhindern, die nicht den Weltmarktpreisen entsprechen."

> Die EU-Kommission hatte den Marktkorrekturmechanismus im November vorgeschlagen. Die Mitgliedstaaten billigten den Vorstoß nun. Der neue Mechanismus für importiertes Erdgas gilt vom 15. Februar 2023 an. Er greift, wenn der Preis an der Amsterdamer Leitbörse TTF an drei Werktagen die Grenze von 180 Euro pro Megawattstunde übersteigt und zugleich 35 Euro über dem Weltmarktpreis liegt. Die Maßnahmen gelten zwanzig Arbeitstage und enden automatisch, wenn der Preis an drei aufeinanderfolgenden Tagen unter 180 Euro pro Megawattstunde fällt. Die EU-Kommission kann den Mechanismus darüber hinaus aussetzen, sollte die Versorgungslage in Europa gefährdet sein.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte auf Twitter: „Die Entscheidung wird es uns erlauben, uns besser auf den nächsten Winter vorzubereiten." Die Präsidentin hatte zuvor weitere Anstrengungen beim Ausbau erneuerbarer Energien in Europa angemahnt und mit Blick auf mögliche Energielücken im kommenden Winter erklärt: „Die Vorbereitungen für den nächsten Winter 2023/24 beginnen jetzt."

Gemeinsam mit Fatih Birol, dem Chef der Internationalen Energie-Agentur (IEA), präsentierte von der Leyen die IEA-Analyse „Wie Gas-Engpässe in der Europäischen Union 2023 vermieden werden können". Demnach liegt die mögliche Energielücke in der EU für den kommenden Winter 2023/24 bei rund 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas. Von der Leyen mahnte: „Die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, helfen einen Teil davon zu überbrücken. Aber mehr Anstrengungen sind nötig."

>>

AUSZEICHNUNG

Karlspreis 2023 für das ukrainische Volk

Der Karlspreis der Stadt Aachen geht 2023 stellvertretend für die ukrainische Bevölkerung an Präsident Wolodymyr Selenskyj. Zuvor war das Volk der Ukraine im Dezember in Straßburg mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet worden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würdigte die Standhaftigkeit der ukrainischen Bevölkerung und erklärte: „Das ukrainische Volk ist und bleibt ungebrochen und unerschütterlich." Der Karlspreis wird für europäische Verdienste verliehen. Der Sacharow-Preis würdigt seit 1988 den Einsatz für Demokratie und Meinungsfreiheit.

Ehrung

> Wir müssen die Spitzenindustrien in der EU davon überzeugen, weiter bei uns zu investieren.

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

Ausweitung des Emissionshandels

Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament haben sich auf weitere Elemente des Klimapakets „Fit für 55“ verständigt. Die Initiative der EU-Kommission sieht eine Verringerung der Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent vor. So werden neben Industrie, Stromerzeugern und Luftfahrt von 2027 an auch Verkehr und Gebäude in den Handel mit CO2-Emissionsrechten einbezogen. In Deutschland ist das bereits seit 2021 der Fall. Um Haushalte zu entlasten, wird 2026 ein Klima-Sozialfonds eingerichtet, der sich teils aus Einnahmen aus dem Zertifikate-Handel speist. Energieintensive Branchen wie Aluminium- und Düngemittel-Industrie werden durch einen Klima-Zoll entlastet. Fachleute sprechen von Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), eine Abgabe auf Einfuhren in die EU, deren Herstellungspreis nicht die Klimabelastung widerspiegelt.

>> Die EU-Kommission dringt unter anderem auf:

> **Investitionen in Erneuerbare:** Als Reaktion auf Russlands Krieg in der Ukraine setzte die EU-Kommission mit dem Programm REPower-EU das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien wie Wind und Solar am Energieendverbrauch bis 2030 auf 45 Prozent zu steigern – fünf Prozentpunkte mehr als ursprünglich geplant. Von der Leyen erläuterte: „Wir müssen groß denken. Und wir müssen schnell sein. Mit der richtigen Politik können wir die Kapazität der erneuerbaren Energien, die wir nächstes Jahr auf den Markt bringen, sogar verdoppeln.“ Dadurch ließe sich in der EU ein Energieäquivalent von 12 Milliarden Kubikmetern Erdgas ersetzen. Weitere 7,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas lassen sich nach Berechnungen der IEA durch rasche Genehmigungsverfahren kompensieren. Im Dezember votierten die Mitgliedstaaten für eine Initiative der Kommission, Genehmigungsverfahren für Erneuerbare zu beschleunigen. Zudem können die Investitionen im Zuge des Programms REPowerEU künftig auch aus Mitteln des nationalen Corona-Aufbauplans bestritten werden.

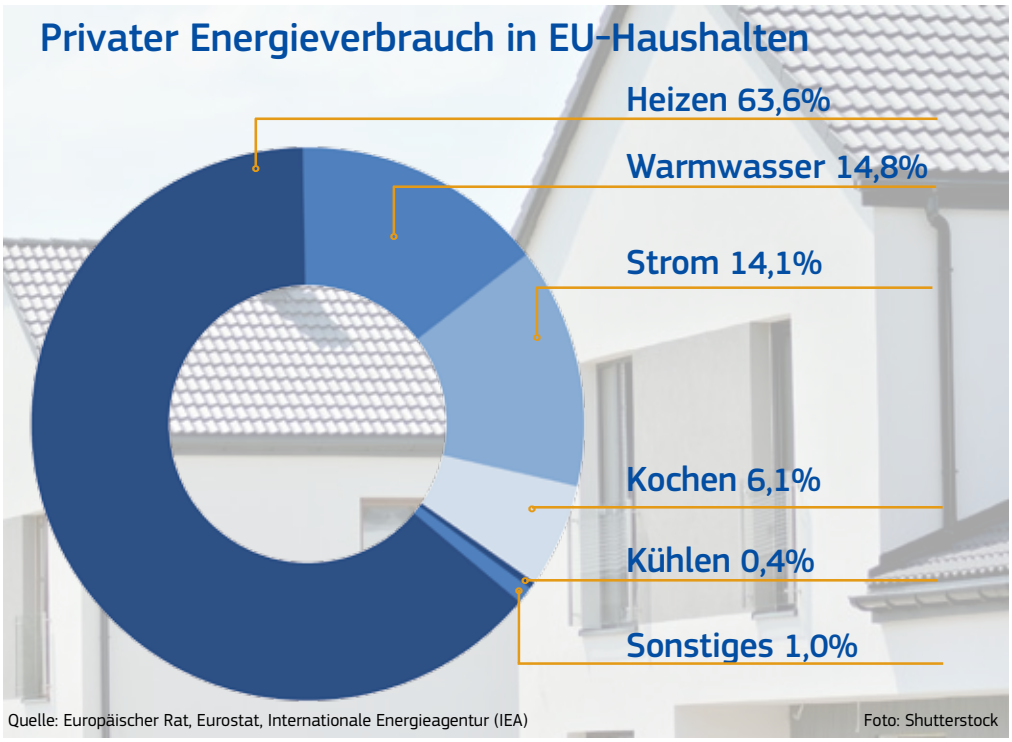
> **Ausbau der Energie-Infrastruktur:** Die EU stellt weitere 602 Millionen Euro für den Ausbau der Energieinfrastruktur bereit, etwa den Bau von LNG-Terminals oder stabile Stromverbindungen zwischen den Mitgliedstaaten. In diesem Jahr wurden bereits zusätzliche Pipelineverbindungen für Gas ermöglicht, so zwischen Bulgarien und Griechenland, Polen und Litauen sowie Polen und der Slowakei. Mit Aserbaidschan vereinbarte die EU-Kommission im Dezember die Lieferung von Strom aus erneuerbaren Quellen über eine neue Leitung unter dem Schwarzen Meer nach Rumänien. Von der Leyen betonte: „Das Kabel wird beide Seiten des Schwarzen Meeres miteinander verbinden und sogar bis an das Kaspische Meer verlaufen – und sowohl der digitalen Kommunikation als auch der Energieversorgung dienen.“

> **Gemeinsamer Gas-Einkauf:** Die Kappung russischer Gaslieferungen wurde durch Einsparungen im Gasverbrauch um 15 Prozent, eine Erhöhung der Energie-Effizienz sowie den Zukauf von rund 130 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas kompensiert. Um auf dem Weltmarkt bessere Konditionen zu erzielen, hatte die EU-Kommission den gemeinsamen Einkauf von Erdgas vorgeschlagen und den Aufbau einer gemeinsamen Energieplattform vorangetrieben. Von der Leyen twitterte nach einem Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von europäischen Energieunternehmen: „Bereiten wir uns gemeinsam auf den kommenden Winter vor, in dem wir den gemeinsamen Gas-Einkauf eine Realität werden lassen.“

Staatliche Beihilfen erleichtern

Für das Jahr 2023 kündigte die Präsidentin neue Initiativen an, um nachhaltige Technologien in Europa zu fördern und den Ausbau erneuerbarer Energien zu forcieren. Mit Blick auf das US-Gesetz zur Verringerung der Inflation – Inflation Reduction Act (IRA) – sagte von der Leyen: „Wir müssen handeln, um sicherzustellen, dass die Europäische Union ihre weltweite Führungsrolle im Bereich der sauberen Technologien behält.“

Auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten legte die Präsidentin einen Vier-Punkte-Plan vor. Er sieht für 2023 unter anderem vor, die europäischen Beihilferegeln für Klimatechnologien vorübergehend zu lockern. So sollen Investitionen in nachhaltige Technologien vorangetrieben und der Anteil erneuerbarer Energien ausgebaut werden. Die Präsidentin erklärte: „Dies wird kurzfristig durch einen gestärkten REPowerEU-Plan und mittelfristig durch einen neuen Souveränitätsfonds geschehen.“ (pr) >|



Quelle: Europäischer Rat, Eurostat, Internationale Energieagentur (IEA) Foto: Shutterstock

Energiesicherheit

BIODIVERSITÄT

Von der Leyen begrüßt historisches Ergebnis der UN-Artenschutzkonferenz von Montréal

© Shutterstock

Auf der UN-Konferenz über die biologische Vielfalt (COP 15) im kanadischen Montréal haben die fast zweihundert Vertragsstaaten einen weitreichenden Beschluss zum Artenschutz gefasst, der zentrale Forderungen der EU enthält. So sieht das sogenannte Kunming-Montréal-Abkommen unter anderem vor, dass bis zum Ende des Jahrzehnts 30 Prozent der geschädigten Ökosysteme an Land und im Meer unter Schutz gestellt werden. Zudem wurde eine Übereinkunft zur Umsetzung eines globalen Biodiversitätsfonds erzielt. Bis 2030 sollen jährlich mindestens 200 Milliarden US-Dollar für den Erhalt der Artenvielfalt mobilisiert werden.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Ich begrüße das historische Ergebnis der COP15. Mit diesem Abkommen wird eine gute Grundlage für globale Maßnahmen im Bereich der Biodiversität geschaffen, und es ergänzt das Übereinkommen von Paris.“ EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius ergänzte: „Ohne Montréal auch kein Klima-Abkommen von Paris, weil wir die Biodiversität schützen müssen, um unsere Klimaziele zu erreichen.“ Auf der UN-Klimakonferenz in Paris hatten sich die Vertragsstaaten 2015 dazu verpflichtet, den Anstieg der mittleren Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen.

Artenschutz

ENERGIEMARKT

EU-Kommission billigt Uniper-Hilfen

Die EU-Kommission hat staatliche Hilfen in Höhe von bis zu 34,5 Milliarden Euro zur Rekapitalisierung des Energiekonzerns Uniper genehmigt. Ebenso die Rekapitalisierung des Energieunternehmens SEFE mit bis zu 6,3 Milliarden Euro. Der Bund hatte beide Firmen nach Russlands Angriff auf die Ukraine übernommen, um die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland zu gewährleisten. SEFE – Securing Energy for Europe – ist das Nachfolgeunternehmen von Gazprom Germania.

Uniper ist Deutschlands wichtigster Gasimporteur und versorgt hierzulande mehr als 400 Stadtwerke. Der Bund hatte im September 99 Prozent der Uniper-Anteile übernommen, um die weitere Versorgung der kommunalen Betriebe zu sichern. Die EU-Kommission billigte den Schritt und erklärte, Anlass für die Maßnahme „war die anhaltende europäische Energiekrise, insbesondere die Einstellung der russischen Gaslieferungen und der starke Anstieg der Gaspreise“.

Energiesicherheit

ZUM 1. JANUAR 2023

Kroatien tritt Schengen und Eurozone bei

Kroatien tritt zum 1. Januar 2023 als 27. Mitgliedsland dem Schengen-Raum bei. Damit entfallen Pass- und Grenzkontrollen bei Übertritten an den Binnengrenzen zu dem Land. Kroatien, EU-Mitglied seit 2013, führt zum Jahreswechsel auch die Gemeinschaftswährung Euro ein. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte: „Ich möchte Kroatien zur Einführung des Euro im nächsten Jahr und zum vollständigen Beitritt zum Schengen-Raum beglückwünschen.“

Der Schengen-Raum umfasst von Januar an 23 Mitgliedstaaten der EU sowie Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson begrüßte Kroatiens Beitritt und erklärte: „Willkommen in Schengen.“ Zugleich bedauerte sie, dass sich die EU-Mitgliedstaaten nicht auf einen Schengen-Beitritt Rumäniens und Bulgariens einigen konnten. Johansson versprach: „Ich werde jeden Schritt unterstützen, um dieses Ziel zu erreichen.“

Schengen

FLUTHILFE

EU unterstützt Wiederaufbau nach Jahrhundert-Hochwasser 2021 in Deutschland

Nach den schweren Überschwemmungen in Deutschland 2021 fördert die EU den Wiederaufbau und Hochwasserschutz in den deutschen Flutregionen mit 612,6 Millionen Euro. Insgesamt unterstützt die EU die Opfer von Naturkatastrophen in Europa aus dem Solidaritätsfonds EUSF mit 718,5 Millionen Euro. Elisa Ferreira, Kommissarin für Kohäsion und Reformen, sagte: „Wir helfen den Menschen in sieben Mitgliedstaaten, die 2021 Opfer von Naturkatastrophen geworden sind. Die Häufigkeit und Intensität dieser Ereignisse nehmen zu, doch die verfügbaren Mittel entsprechen nicht dem Ausmaß der Katastrophen. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie EUSF weiterhin immer dort, wo dies erforderlich ist, Unterstützung leisten kann.“

Bei den Überschwemmungen waren im Juli 2021 allein in Deutschland fast 200 Menschen gestorben. Der Solidaritätsfonds der Europäischen Union ist eines der wichtigsten EU-Instrumente für den Wiederaufbau nach Katastrophen. Er greift seit der Pandemie im Jahr 2020 auch bei schweren gesundheitlichen Notlagen.

Solidaritätsfonds

RECHTSSTAAT

EU friert Fördermittel für Ungarn ein

Auf Initiative der EU-Kommission haben sich die EU-Länder erstmals darauf verständigt, im Zuge des Rechtsstaatsverfahrens einen Teil der Fördermittel für einen Mitgliedstaat zurückzubehalten. So werden Ungarn 6,3 Milliarden Euro an EU-Geldern aus dem Corona-Ausbaufonds vorerst verwehrt. EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn twitterte: „Die erste Anwendung des Konditionalitäts-Mechanismus erweist sich als effektiv und liefert strukturelle Verbesserungen."

© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

Die EU-Mitgliedstaaten sehen die ungarischen Reformbemühungen als noch nicht ausreichend an und einigten sich auf ein Einfrieren von Fördermitteln für Ungarn.

> Der Konditionalitäts-Mechanismus zum Schutz des europäischen Haushalts war zur Jahreswende 2021 eingeführt worden. Er knüpft die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung rechtstaatlicher Kriterien. Die EU-Kommission hatte in diesem Zusammenhang im April ein Verfahren gegen Ungarn eingeleitet. Die Regierung des Landes ging zwar Verbesserungen an, etwa im Kampf gegen die Korruption oder bei der Gewährleistung der Unabhängigkeit der Berufung von Richtern für das Oberste Gericht.

> „Rechtsstaatlichkeit – und dies schließt eine unabhängige Justiz und wirksame Systeme zur Korruptionsbekämpfung ein – ist zentraler Bestandteil einer demokratischen EU."

Věra Jourová, Vizepräsidentin für Werte und Transparenz

EU-Kommission und Mitgliedstaaten sehen die Reformen aber noch nicht ausreichend umgesetzt. Hahn bekräftigte in einem Schreiben an die Mitgliedstaaten: „Unsere Einschätzung vom 30. November behält ihre Gültigkeit."

Damals hatte die Kommission die vollständige Umsetzung von vereinbarten 27 Super-Etappenzielen angemahnt, überwiegend Reformen in den Bereichen Justiz und Korruptionsbekämpfung. Hahn stellte damals fest: „Ungarn hat zweifelsohne den richtigen Weg eingeschlagen, und wir können eindeutig bestätigen, dass der Konditionalitäts-Mechanismus ein wirksamer Hebel für den Schutz des Haushalts ist. Da es in den zentralen Reformbereichen nach wie vor Lücken gibt, besteht allerdings weiterhin ein Risiko für den EU-Haushalt."

Im Einzelnen vereinbarten die Mitgliedstaaten:

> **Kohäsionsfonds:** Aus den Mitteln des EU-Kohäsionsfonds für Ungarn werden 6,3 Milliarden Euro eingefroren, bis die entsprechenden Reformen umgesetzt sind. Vizepräsidentin Věra Jourová twitterte: „Ich begrüße die Einigung der Mitgliedstaaten auf den allerersten Konditionalitäts-Mechanismus zum Schutz des EU-Haushalts."

> **Corona-Aufbaufonds:** Die Mitgliedstaaten billigten Ungarns nationalen Corona-Aufbauplan. Doch werden die 5,6 Milliarden Euro Fördermittel ebenso vorerst zurückgehalten. Hahn erläuterte: „Ungarn wird die Finanzmittel erhalten, sobald die Super-Etappenziele umgesetzt sind." EU-Justizkommissar Didier Reynders ergänzte: „Wir setzen uns für die Wahrung des Rechtsstaats mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln ein."

Jährlicher Rechtsstaatsbericht

Die EU-Kommission beleuchtet die Situation in den Mitgliedstaaten mit einem jährlichen Rechtsstaatsbericht. Erfasst werden dabei unter anderem die Unabhängigkeit der Justiz, das Vorgehen gegen Korruption, die Freiheit der Medien sowie die institutionelle Gewaltenteilung in den EU-Ländern. Der Bericht enthält auch spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.

Für Polen notierte der aktuelle Bericht zum Beispiel: „In Polen bleiben ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit des nationalen Justizrats unbeantwortet, obwohl diese in einer Reihe von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vorgebracht wurden." In Deutschland wird zum Beispiel eine bessere Besoldung der Richter angemahnt. (pr) >|

Rechtsstaats-Mechanismus

SOLIDARITÄT

EU unterstützt die Ukraine 2023 mit weiteren 18 Milliarden Euro

Die EU hat für das kommende Jahr weitere finanzielle Hilfen in Höhe von 18 Milliarden Euro für die Ukraine vereinbart. Auf ihrem Gipfel in Brüssel billigten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekräftigte nach dem Treffen: „Wir werden die Ukraine so lange wie nötig unterstützen." Im kommenden Jahr stellt die EU dem Land damit monatlich 1,5 Milliarden Euro bereit, um laufende Kosten zum Beispiel für Kliniken, Schulen, medizinisches Personal, Lehrkräfte und Renten bestreiten zu können.

© Refluence / Shutterstock.com

Zerstörtes Gebäude in Gostomel, etwa 20 Kilometer nordwestlich von Kiew.

> Von der Leyen betonte: „Durch das Unterstützungspaket wird sichergestellt, dass der ukrainische Staat weiter funktionieren kann, dass die Bürger grundlegende öffentliche Dienstleistungen erhalten und die von Russland zerstörten kritischen Infrastrukturen wiederaufgebaut werden können."

Seit Russlands Angriff auf die Ukraine mobilisierten EU-Kommission und Mitgliedstaaten rund 19,7 Milliarden Euro an Finanzhilfen, zuletzt gab die Kommission im Dezember 500 Millionen Euro frei. Weitere 3,1 Milliarden Euro wurden an militärischer Unterstützung geleistet.

Ausweitung der Winterhilfe

Von der Leyen hatte vor dem Gipfel auf der Konferenz „Standing with the Ukrainian People" in Paris erläutert: „Putins Angriffskrieg scheiterte hauptsächlich aus zwei Gründen: Der erste ist die Tapferkeit und der Mut des ukrainischen Volkes – sie sind unglaublich beeindruckend. Der zweite ist der bemerkenswerte Zusammenhalt der internationalen Gemeinschaft."

Insgesamt wurden der Ukraine auf dem Treffen in Paris mehr als 1 Milliarde Euro an kurzfristigen Hilfen zugesagt, damit das Land über den Winter kommt. Darüber hinaus schob die EU-Kommission Hilfen an, um die ukrainische Bevölkerung in den kalten Wintermonaten zu unterstützen. Die EU-Hilfen für den Winter umfassen unter anderem:

> **Energiehilfen:** Russland attackierte gezielt die Energieinfrastruktur der Ukraine. Die EU hilft dem Land unter anderem mit rund 800 Stromgeneratoren. Zudem startete die EU-Kommission eine Initiative, um 30 Millionen LED-Leuchten für das Land bereitzustellen. Gemeinsam mit internationalen Partnern sollen insgesamt 50 Millionen LED-Leuchten zusammenkommen. Von der Leyen erläuterte: „Wenn die Ukraine 50 Millionen LED-Lampen einsetzen würde, könnte das 1 Gigawatt Strom sparen – das entspricht der Jahresleistung eines Kernkraftwerks."

> **Schulsanierung:** In den von Russland attackierten Regionen in der Ukraine fehlen rund 70.000 Lehrkräften die digitalen Mittel für den Unterricht wie Tablets oder Laptops. Gemeinsam mit anderen Partnern wie dem ukrainischen Ministerium für den digitalen Wandel hat die EU-Kommission eine Aktion gestartet, um Computer und Tablets für Schulen in der Ukraine bereitzustellen. Zugleich unterstützt die EU den Wiederaufbau zerstörter Schulen in dem Land mit 100 Millionen Euro.

> **Verkehrsanbindung:** Russland blockiert wichtige Häfen in der Ukraine. Die EU ermöglichte alternative Transportrouten über die Mitgliedstaaten und baute Solidaritätskorridore für Exporte und Importe auf. Insgesamt stellte die EU gemeinsam mit Partnern wie der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Weltbank rund 1 Milliarde Euro bereit. Verkehrskommissarin Adina Vălean mahnte weitere Anstrengungen an und sagte: „Unsere Solidaritätskorridore sind zu einer rettenden Verbindung für die Ukraine geworden, aber wir müssen über das hinausgehen, was wir bereits eingerichtet haben."

Von der Leyen erklärte: „Wir haben gesehen, wie Russland gezielt die zivile Infrastruktur angreift und die Ukraine bei Wintereinbruch lahmlegen will." Die Präsidentin fügte hinzu: „Aber damit wird Russland scheitern, denn der ukrainische Geist ist unbeugsam." (pr) >|

Ukraine

Neuntes Sanktionspaket

Die Mitgliedstaaten der EU haben auf Initiative der Kommission weitere Restriktionen gegen Russland beschlossen. Das neunte Sanktionspaket umfasst unter anderem eine Erweiterung der Einreiseverbote um 200 weitere Personen, etwa hochrangige Militärs und Vertreter der Rüstungsindustrie. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte: „Russland sorgt in der Ukraine weiterhin für Tod und Verwüstung. Wir stehen an der Seite der Ukraine und werden dafür sorgen, dass Russland für seine Grausamkeiten bezahlt."

EUROPA VOR ORT

Ein Forschungsprojekt macht sich auf die Suche nach dem Flair von Europa

Andrea Büttner kann sehr genau sagen, wie die Weihnachtszeit riecht. Die Aromaforscherin erklärt zum besonderen Duft dieser Tage: „Der Geruch nach Zimt, nach Nelken und nach Glühwein ist das prägende weihnachtliche Aroma." Dann ergänzt die Lebensmittelchemikerin: „Bratäpfel riechen nach ß-Damascenon, einem rosig-riechenden Molekül." Büttner hat an der Universität Erlangen-Nürnberg den Lehrstuhl für Aroma- und Geruchsforschung inne. Zugleich ist ihr Team am Verbund Odeuropa beteiligt, einem EU-Projekt zur Erforschung der europäischen Geruchswelt in vergangenen Jahrhunderten.

Auch das Bild „Anbetung der drei Könige" der Maler Jörg Stocker und Martin Schaffner ist im Museum Ulm Teil der von Duft untermalten Führungen.

> Mit 2,8 Millionen Euro fördert die EU das europäische Forschungsvorhaben. Dort arbeiten Forscherinnen und Forscher aus verschiedenen Disziplinen zusammen, um Geruchswelten vom 16. bis zum 20. Jahrhundert aufzuspüren und für die Nachwelt zu erhalten. Angefangen von der Chemie, über Geschichte und Kunstgeschichte bis zu Museums- und Literaturwissenschaften. Ziel des Projekts ist es, mit Methoden der Künstlichen Intelligenz (KI) eine olfaktorische Wissensdatenbank aufzubauen: den European Olfactory Knowledge Graph (EOKG) – eine Art Geruchsarchiv von Europa.

Büttner etwa erforscht mit Massenspektrometern oder Gaschromatographen das chemische Profil von Geruchsstoffen. Doch geht es bei Odeuropa nicht allein um Chemie, sondern auch um Sozialgeschichte. Büttner sagt: „Im Geruch spiegeln sich immer auch Machtfragen. Gewürze und wohlige Duftstoffe wie Weihrauch und Sandelholz waren in früheren Zeiten eher etwas für Reiche. Aber auch einfache Menschen hatten ihre Möglichkeiten – mit Lavendel etwa oder Thymian."

Kunsthistoriker Peter Bell treibt das Forschungsvorhaben mit anderen Mitteln voran. Bell lehrte früher Kunstgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg und forscht heute an der Universität Marburg. Sein Spezialgebiet: Digital Humanities, der Einsatz digitaler Methoden in den Geisteswissenschaften. Vereinfacht gesagt bringt Bell bilderkennenden Verfahren der Künstlichen Intelligenz (KI) bei, historische Gemälde zu deuten. Blumen leuchten bei Peter Paul Rubens eben anders als bei Vincent van Gogh. „Wir trainieren die Algorithmen, Objekte in unterschiedlichsten Stilen und Kunsttechniken zu erkennen sowie Gesten und Mimik in Relation zu Objekten zu bringen. Das eröffnet der KI neue Chancen, aber auch der Kunstgeschichte neue Wege, um Bilder zu erfassen." Das Computerprogramm lernt verschiedene Darstellungsformen von Gegenständen auf den Gemälden zu erkennen und kann diesen dann auch Düfte zuordnen.

So bringt Odeuropa verschiedene Disziplinen zusammen und eröffnet neue Perspektiven – nicht allein in der Forschung. Am Museum Ulm etwa haben Parfümeure im Rahmen des Projekts Odeuropa die olfaktorische Atmosphäre von Gemälden nachempfunden. So können Gäste die Darstellungen auch über Geruch erleben. Über Duftstreifen, Geruchs-Fächer oder kleine Kunststoffläschchen lassen sich so Bilder sinnlich anders erfahren.

Eva Leistenschneider, stellvertretende Direktorin des Museums Ulm sagt: „Es ist eine neue Erfahrung, ein Kunstwerk über den Duft wahrzunehmen." Und das gleich doppelt. Die Geruchsführungen sprechen auch Interessierte jenseits des klassischen Museumspublikums an. Aber auch Kunsthistorikerin Leistenschneider hat einen neuen Zugang gefunden: „Der Duft lenkt das Auge auf andere Aspekte des Bildes."

Mit einer Idee kann das Odeuropa-Team übrigens aufräumen: Dass es in früheren Zeiten übelst gerochen habe. Forscher Bell sagt: „Die Nase gewöhnt sich an vieles." (pr) >|

Geruchsforschung

In eigener Sache

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die „EU-Nachrichten“ sind seit den 80-er Jahren ein verlässlicher Begleiter des europäischen Geschehens. Von der Einführung des Euro über den Vertrag von Lissabon bis zur Überwindung der Folgen der Pandemie und Europas Antwort auf Russlands Krieg in der Ukraine hat der zweiwöchentliche Newsletter in den vergangenen Jahrzehnten viele Wendepunkte der europäischen Geschichte kompakt und kompetent aufbereitet. In einer Umfrage unter den Leserinnen und Lesern der „EU-Nachrichten“ in diesem Jahr haben sich fast 90 Prozent für eine digitale Erscheinungsform ausgesprochen. Zudem lassen uns steigende Herstellungskosten und ein verändertes Umweltbewusstsein gewohnte Abläufe überdenken. Papier ist ein wichtiger Rohstoff, der Vertrieb erfordert zusätzliche Logistikwege. Um Ressourcen zu sparen und die Umwelt zu schonen, erscheinen die „EU-Nachrichten“ von Januar 2023 an ausschließlich in digitaler Form – im bisher vertrauten PDF-Format sowie als elektronischer Newsletter. Die Umstellung gilt zunächst für eine Testphase von einem Jahr.

Elektronische Newsletter haben sich längst etabliert, sie bieten viele neue Chancen und Möglichkeiten. So lässt sich schneller und umfassender auf aktuelle Entwicklungen reagieren, weil Druck und Postversand entfallen. Zudem können Themen über eingebettete Internet-Links weiter vertieft werden. Das Format wechselt, das Ziel der „EU-Nachrichten“ bleibt unverändert: Das Publikum weiter umfassend über die Politik der Europäischen Kommission zu informieren.

Wir freuen uns auf Ihr Feedback. Ihr Presseteam der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland.
Kontakt: *COMM-REP-BER-PRESSE@ec.europa.eu*

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> **16.01.2023** 17.00–18.30 Uhr	**„Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030“** Veranstaltungsreihe – Teil 1 **Veranstalter:** EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 **28195 Bremen** **sowie Online**	https://europapunktbremen.de/events/veranstaltungsreihe-strategie-fuer-die-rechte-von-menschen-mit-behinderungen-2021%e2%80%91-2030/
> **17.01.2023** 16.30–18.00 Uhr	**„2. Plattformtreffen für die Europawoche 2023“** Informationsveranstaltung **Veranstalter:** EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 **28195 Bremen**	https://europapunktbremen.de/events/2-plattformtreffen-fuer-die-europawoche-2023/
> **18.01.2023** 18.00–21.00 Uhr	**„60 Jahre Élysée-Vertrag“** Eine multimediale Zeitreise auf der Kinoleinwand **Veranstalter:** Auslandgesellschaft.de e.V., Europe Direct Dortmund, Westfälische Kaufmannsgilde e.V.	Lichtspiel- und Kunsttheater Schauburg Brückstraße 66 **44135 Dortmund**	www.europe-direct-dortmund.de/event/60-jahre-elysee-vertrag-eine-multimediale-zeitreise-auf-kinoleinwand/
> **24.01.2023** 10.00–11.30 Uhr	**Fördermöglichkeiten im EU-Programm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte (CERV)“** Informationsveranstaltung **Veranstalter:** Europe Direct Zentren Nordrhein-Westfalen, Kontaktstelle CERV	**Online**	www.kontaktstelle-cerv.de/termine/kooperationsveranstaltung-der-europe-direct-zentren-nrw-und-der-kontaktstelle-cerv-2023-01-24-50

> **Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de**

IMPRESSUM

Europäische Kommission
Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:
Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:
Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:
Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

klimaneutral gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 22129914
bvdm.

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C081774
www.fsc.org

Haftungsausschluss:
Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keinster Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook und folgen Sie uns auf Twitter

JUGEND FÜR EUROPA

Mitglieder für Jugendbeirat gesucht

© Shutterstock

Die Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ Jugend sowie Europäisches Solidaritätskorps, JUGEND für Europa, richtet einen Jugendbeirat ein. Er wird darüber beraten, wie diese EU-Programme jugendgerechter gestaltet werden können. Dabei wird auf die Erfahrung der jungen Teilnehmenden zurückgegriffen.

Bis zum 23. Januar 2023 können sich Interessentinnen und Interessenten schriftlich oder mit einem Video um einen Platz im Jugendbeirat bewerben. Sie sollen mit den EU-Jugendprogrammen schon einmal an einer Jugendbegegnung oder einem Jugendpartizipationsprojekt teilgenommen, einen Freiwilligendienst geleistet oder sich in einem Solidaritätsprojekt engagiert haben und zum Zeitpunkt der Bewerbung zwischen 16 und 30 Jahre alt sein. Die konstituierende Sitzung des Beirats findet voraussichtlich im April 2023 statt.

Jugendbeirat

EUROPEAN FILM CHALLENGE

Ticket zur Berlinale 2023 zu gewinnen

© Shutterstock

Bei der European Film Challenge können Kinofans aus ganz Europa eine Reise zur Berlinale im Februar 2023 gewinnen – inklusive Anreise, Unterkunft und Akkreditierung. Der von Creative Europe MEDIA geförderte Wettbewerb läuft bis zum 31. Januar 2023.

Innerhalb von acht Wochen müssen acht spannende und preisgekrönte europäische Filme geschaut werden – egal, ob im Kino oder über einen Streamingdienst. Dabei sammeln die Teilnehmenden Punkte - so gibt es für einen im Kino gesehenen, europäischen Film 20 Punkte.

European Film Challenge

NEUE AUSSCHREIBUNG

Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen

Um grenzüberschreitende Projekte in der Kulturbranche voranzutreiben, gibt es im Förderbereich Europäische Kooperationsprojekte eine neue Ausschreibung. Gefördert werden Projekte, die eine intensive, grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Kultureinrichtungen aus mindestens drei verschiedenen teilnahmeberechtigten Ländern umfassen. Bewerbungen können noch bis zum 23. Februar 2023 eingereicht werden.

Für ein Europäisches Kooperationsprojekt müssen sich mehrere Partnerorganisationen in einem Konsortium zusammenschließen. Das Partnerkonsortium besteht dabei aus einer antragstellenden Einrichtung (Koordinator) sowie mindestens zwei weiteren Kultureinrichtungen (Partner). Das Projekt muss sich einer gemeinsamen Idee oder Herausforderung widmen und darauf europäische Antworten finden. Mit den Mitteln des Programms sollen der Zugang zu europäischen kulturellen und kreativen Werken erleichtert sowie Innovation und Kreativität gefördert werden.

Ausschreibung

EUROPA ERLEBEN UND GESTALTEN

Fachtagung zum Thema Inklusion und Vielfalt

© Shutterstock

Vom 22. bis 24. Mai 2023 veranstaltet JUGEND für Europa die Konferenz „Europa erleben und gestalten – Teilhabe an den EU-Jugendprogrammen“. Bei der Fachtagung geht es um die Frage, wie junge Menschen, die als sozioökonomisch benachteiligt gelten, besseren Zugang zu Projekten europäischer Jugendarbeit erhalten können. Hierfür sollen im Dialog mit Verantwortlichen aus Praxis, Politik und Verwaltung sowie jungen Menschen Ideen für weitere Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zu einer inklusiven europäischen Jugendarbeit entwickelt werden.

Die Veranstaltung richtet sich an Projektverantwortliche, Fachkräfte und Engagierte aus der europäischen und lokalen Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit, Fachkräfte aus der Arbeitsverwaltung und an politische Entscheidungsträger. Ziel ist, dass alle Beteiligten Anregungen, Strategien und Argumente an die Hand bekommen, die sie später in ihrer eigenen Arbeit nutzen bzw. im eigenen Arbeitsumfeld verbreiten können.

Fachtagung

ISSN 2467-043X IB-AA-22-021-DE-N